

HORST DIETZEL

Die neuen Parteiprogramme von CDU und SPD – ein Vergleich

Beide Parteien haben gegen Ende des Jahres 2007 neue Grundsatzprogramme verabschiedet, die SPD am 28. Oktober und die CDU am 10. Dezember. Für beide ist es das dritte Parteiprogramm nach 1945. Notwendig sind die Programme nach Aussagen der Spitzengremien geworden, weil sich die gesellschaftlichen Bedingungen grundlegend gewandelt hätten und es neue Herausforderungen gebe. Die alten Programme würden diesen Entwicklungen nicht gerecht werden.

Vor allem die SPD hatte mit dem Godesberger Programm von 1959 eine wichtige und auch vorausschauende Weichenstellung für ihre weitere Entwicklung getroffen. Sie hatte sich damals den neuen Bedingungen angepasst und sich von der Arbeiter- zur Volkspartei breiteren Bevölkerungsschichten geöffnet. Enges Klassenkampfdenken wurde überwunden, der Sozialismus zur dauernden Aufgabe erklärt. Das Berliner Programm von 1989 nahm wichtige Impulse aus den neuen sozialen Bewegungen der 80er Jahre auf; so verabschiedete man sich von einem einseitigen Fortschritts- und Wachstumsdenken. Diese Erfahrungen nahm die SPD relativ spät auf, andererseits aber kam das Programm zu früh, weil es den Zusammenbruch des Staatssozialismus nicht erfassen konnte. Aus diesen wie auch aus anderen Gründen entfaltete das Berliner Programm nur eine sehr geringe Wirksamkeit. Diese historischen Erfahrungen zeigen, dass Programme – positiv wie negativ – für die Strategiebildung von Parteien nicht ganz unwichtig sind. Bekanntlich sagen Parteiprogramme wenig über die konkrete Politik der jeweiligen Partei aus. Sie spielen (im Unterschied zu Wahlprogrammen) in der Öffentlichkeit eine geringere Rolle. Für die Mitgliedschaft allerdings sind sie als identitätstiftende Klammer nach wie vor wichtig. Sie geben auch Auskunft darüber, welche grundlegenden Positionen die Parteien zur gegenwärtigen Lage in der Welt und im Lande einnehmen und welche strategischen Antworten sie auf die neuen Herausforderungen unserer Zeit geben.

Da es sich bei CDU und SPD um die zwei großen Volksparteien in Deutschland handelt, ist ein Vergleich

besonders wichtig. In der Parteienforschung wurde in den letzten Jahren oftmals eine mangelnde Unterscheidbarkeit beider Parteien diagnostiziert. Ist ein solcher Trend auch bei den neuen Programmen festzustellen oder haben wir es hier eher mit einer gegenteiligen Entwicklung zu tun? Auch in der Partei DIE LINKE wurde häufig davon ausgegangen, dass es kaum noch Unterschiede zwischen diesen beiden Parteien gebe, beide verfolgten ohnehin eine neoliberale Politik. Hier ist zu fragen, trifft eine solche (fragwürdige) Bewertung auch auf die neuen Grundsatzprogramme zu? Diesen Fragen wollen wir im Folgenden nachgehen.

Die Programme sind zu einer Zeit verabschiedet worden, in der sich beide Parteien zusammen in einer großen Koalition befinden. Deshalb diente die Debatte um die Programme auch dazu, sich jeweils gegenüber der anderen Partei zu profilieren. Hinzu kommt, dass Grundsatzprogramme in beiden Parteien einen unterschiedlichen Stellenwert einnehmen: Die SPD gilt als „Programmpartei“, in ihr spielen programmatische Dokumente eine größere Rolle als bei der CDU. Die Konservativen hingegen gelten stärker als eine pragmatisch agierende Partei. Einige Parteien-Beobachter vermischen ein neues Selbstverständnis darüber, was heute „Konservatismus“ sei. Andere hingegen meinen, dass gerade diese Unbestimmtheit schon immer das Erfolgsrezept der CDU gewesen sei. Wir konzentrieren uns auf die Frage, wie konkret (oder diffus) die programmatischen Antworten beider Parteien auf die gesellschaftlichen Herausforderungen ausfallen. Letztlich können sich hier Richtungsentscheidungen der Parteien andeuten. Werden unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungslinien angenommen oder bewegen sich die beiden Parteien gedanklich auf einer ähnlichen gesellschaftlichen Entwicklungslinie?

Die Programme unterscheiden sich deutlich in der Länge. Das CDU-Programm hat ca. die doppelte Länge des SPD-Programms.

Die Weltsicht/neue Herausforderungen

Die Denkfigur beider Parteien ist ähnlich: Es gibt weitreichende (qualitative) Veränderungen in der Welt, auf die man programmatisch und politisch reagieren muss. Beide beschreiben diese Veränderungen in der Welt mit dramatischen Formulierungen. Die SPD geht vom „tiefsten geschichtlichen Umbruch seit der industriellen Revolution“ aus. Die CDU spricht von „epochalen Veränderungen“. Beide Parteien sehen in der Globalisierung, im demografischen Wandel, in den Anforderungen der Wissensgesellschaft und in den neuen technologischen Entwicklungen sowie in den ökologischen Gefahren die wichtigsten neuen Herausforderungen. Beide sehen auch im internationalen Terrorismus eine neue Bedrohung.

An herausragender Stelle wird in beiden Papieren die Globalisierung abgehandelt, die als unumkehrbar bezeichnet wird. Bei der Einschätzung dieses Prozesses gibt es aber bemerkenswerte Unterschiede. Die CDU sieht diesen Prozess nahezu vollständig positiv. Globalisierung sei Ausdruck der Freiheit und verstärke den Wettbewerb. Es handele sich um einen politisch wie wirtschaftlich „fruchtbaren Entwicklungsprozess, der weltweit zunehmend mehr Menschen gesellschaftliche, politische und ökonomische Chancen eröffnen kann“. Anders die SPD, sie spricht von einem „globalen Kapitalismus“, von „entfesselten Kapitalmärkten“, von transnationalen Unternehmen, die demokratisch legitimierte Entscheidungen unterlaufen. Nationalstaaten drohten zu bloßen Standorten zu werden. Die CDU hingegen lobt die Rolle der internationalen Finanzmärkte, die es ermöglichen, „Kapital weltweit aufzunehmen und anzulegen“. Die Notwendigkeit und die Art und Weise politischer Eingriffe auf internationaler Ebene wird unterschiedlich betont.

Bei den anderen aufgeführten neuen Herausforderungen werden die Prozesse zwar ähnlich beschrieben, teilweise aber andere Schlussfolgerungen gezogen. Das trifft vor allem auf die Arbeitswelt zu. Hier will die CDU mehr Flexibilisierung und den Abbau von Arbeitnehmerrechten, während die SPD stärker gewerkschaftsnah Positionen vertritt. Anders als die SPD schreibt die CDU ohne Umschweife, dass unser Land aufgefordert sei, „Fehlentwicklungen und Strukturschwächen des Sozialstaates zu korrigieren“.

Das Thema Bildung wird von beiden Parteien als entscheidend bezeichnet, aber auch hier gehen die Antworten (z.B. über das längere gemeinsame Lernen) auseinander. Beim demografischen Faktor allerdings wird von beiden die Rente mit 67 als wichtige Antwort begriffen. Ansonsten bleibt hier vieles im Nebel. Weitreichende neue Antworten für das Rentensystem werden nicht gegeben. Der Klimawandel und die ökologischen Gefahren werden zwar dramatisch beschrieben, die

CDU betont die „Schöpfung“, die SPD will eine andere Lebensweise, aber die konkreten Antworten werden dieser Dramatik nicht gerecht.

Beide Parteien gehen zu Recht auf das Sicherheitsbedürfnis der Menschen ein und betonen, dass die Menschen ein sicheres Leben führen wollen. Zwar in unterschiedlicher Diktion, aber ähnlich verweisen beide auf die verschiedenen Dimensionen von Sicherheit. Daneben gibt es auch hier deutliche Unterschiede zwischen beiden Programmtexten. So sieht die CDU neben den äußeren Bedrohungen durch den Terrorismus den „freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat“ durch „Links- und Rechtsextremismus, gewaltbereiten Fundamentalismus, Terrorismus und organisierte Kriminalität“ bedroht. Innere und äußere Sicherheit müssten zusammenhängend betrachtet werden. Das ist die programmatische Grundlage für das Agieren Schäubles in der aktuellen Innenpolitik, so auch für das Bestreben, die Bundeswehr im Inneren einsetzen zu wollen. Im Unterschied dazu lehnt die SPD dies ab.

Menschenbild/Gesellschaftsbild/ Grundwerte

Die CDU beruft sich nach wie vor auf das christliche Menschenbild. Sie leitet daraus das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit ebenso ab wie die Verantwortlichkeit gegenüber dem Nächsten und der Natur. Andererseits wird aber die Rolle ökonomischer und sozialer Verhältnisse (also gesellschaftlicher Verhältnisse) für das Denken und Handeln von Menschen und für die Politik indirekt geleugnet. Jeder Mensch sei Irrtum und Schuld ausgesetzt. Deshalb sei auch der Planungs- und Gestaltungsfähigkeit der Politik Grenzen gesetzt. Diese Einsicht bewahre die CDU vor „ideologischen Heilslehren und einem totalitären Politikverständnis“. Gestaltungsfähigkeit von Politik und ihre Grenzen werden somit nicht aus den ökonomischen Verhältnissen und Internationalisierungsprozessen, also aus den gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern aus dem Wesen des Menschen „an sich“ abgeleitet.

Die SPD betont die „gleiche Würde aller Menschen“. Sie spricht auch davon, dass Menschen fehlbar seien und sich irren oder in Unmenschlichkeit zurückfallen können. Sie widerspricht „jedem Allmachtsanspruch über die Menschen“, ohne sich auf ein christliches Menschenbild zu berufen oder daraus Grenzen der Politik abzuleiten. Die Sozialdemokraten focussieren hier die Demokratie, die die einzige Ordnung sei, der Selbstverantwortung der Menschen gerecht zu werden. Allerdings werden hier auch die ökonomischen Verhältnisse unterbelichtet.

Das Gesellschaftsbild weist bei beiden Parteien beträchtliche Unterschiede auf. Die CDU will die

„Chancengesellschaft“, in der die Bürger frei und sicher leben. Sie stehe für Respekt vor Leistung und Erfolg. Zum Gesellschaftsbild der CDU zählt aber auch die Stärkung der „Ehe und Familie als Fundament der Gesellschaft“. Hier rückt die SPD konsequenter das Individuum in den Mittelpunkt. Die CDU sieht als Bedingung für das Zusammenleben im Land die Beherrschung der deutschen Sprache. Hier wird dann auch die Leitkultur eingeordnet: Die kulturellen Werte und historischen Erfahrungen seien die Grundlage für den Zusammenhalt und bildeten „die Leitkultur in Deutschland“. Es wird hier zwar nicht mehr von der „deutschen Leitkultur“ gesprochen, aber letztlich laufen die Formulierungen auf das Gleiche hinaus.

Es ist nicht lange her, dass auch führende SPD-Politiker die „Chancengerechtigkeit“ (im Sinne von Chancengesellschaft) ständig im Munde führten. Im Programmtext sieht die SPD aber wieder im „demokratischen Sozialismus“ eine Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung dauernde Aufgabe sei. Sie will eine Ordnung, in der die bürgerlichen, sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte für alle Menschen garantiert sind, alle Menschen ein Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt, also in sozialer und menschlicher Sicherheit führen können. Der wesentliche Unterschied zur CDU besteht darin, dass sie in der gegenwärtigen Gesellschaft deutlich mehr Defizite für ihre Zielvorstellungen sieht als die CDU. Das Bekenntnis der SPD zum demokratischen Sozialismus ist für die CDU eine Zielscheibe in der parteipolitischen Auseinandersetzung, auch in Zukunft.

Die Grundwerte sind bei CDU und SPD nach wie vor die gleichen, allerdings hat die CDU die Reihenfolge geändert. Es heißt jetzt: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Die SPD behält ihre Reihenfolge: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Der wichtigste Unterschied bei der Definition der Grundwerte liegt in der Bestimmung des Wertes Freiheit. Die SPD betont die materiellen und sozialen Grundlagen von Freiheit. Der Mensch müsse frei sein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und Furcht, und er müsse die Chance haben, seine Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken. „Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seine Freiheit nutzen.“ Obwohl die CDU quantitativ viel mehr Text auf die Grundwerte und speziell auf den Wert Freiheit verwendet, fehlt diese Dimension.

Auch bei der Definition des Grundwertes Gerechtigkeit gibt es wichtige Unterschiede. Hier betont die SPD die Notwendigkeit gleicher Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu öffentlichen Gütern. Sie berührt hier auch die Verteilungsfrage. Ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen sei ungerecht. Gerechtigkeit erfordere mehr Gleichheit in der Verteilung von Ein-

kommen, Vermögen und Macht. Die CDU thematisiert das nicht. In ihrem Programm verweist sie lediglich darauf, dass die Stärkeren einen größeren Beitrag für das Gemeinwesen leisten müssten als die Schwächeren. Ohnehin gebe es keine absolute Gerechtigkeit.

Beide Parteien heben die allgemeinemenschliche Dimension von Solidarität hervor. Die SPD verweist lediglich historisch darauf, dass Solidarität „Macht zur Veränderung“ schaffe, dies sei die Erfahrung der Arbeiterbewegung.

Globalisierung/Europa

Beide Parteien sehen in der Globalisierung die zentrale Herausforderung. Allerdings gibt es hier auch wichtige Unterschiede bei der Bewertung der gegenwärtigen Globalisierungsprozesse. Die CDU bewertet die Globalisierung nahezu ausschließlich positiv. Sie sieht in der sozialen Marktwirtschaft das Modell für die Welt und will sie international verankern. Offenbar ist die Welt für sie dann in Ordnung, wenn dies umgesetzt ist. Die CDU lehnt Abschottung und Überregulierung ab. Ihre Antwort lautet: In der dynamischen Welt sei ein „neugieriges, innovatives und kreatives Deutschland“ notwendig. Die Konservativen bekennen sich zu den gegenwärtigen internationalen Organisationen. Sie sollen lediglich gestärkt werden. Die CDU stehe zu einer Politik, die auf „die positive Gestaltungskraft freier Märkte und fairen Wettbewerb vertraut“. Dazu sei eine „international abgestimmte Wettbewerbsordnung“ erforderlich. Bei den global agierenden Unternehmen setzt sie auf freiwillige Verpflichtungen. Die globalen Finanzmärkte werden ausschließlich positiv bewertet. Und Private-Equity-Fonds könnten auch in Deutschland dazu beitragen, Unternehmen wettbewerbs- und innovationsfähiger zu machen.

Die SPD hingegen überschreibt schon den entsprechenden Abschnitt: „Die Widersprüche der Globalisierung“. Eine kritische Sicht überwiegt. Der globale Kapitalismus häufe große Mengen von Kapital an, die aber nicht zwangsläufig neuen Wohlstand erzeugten. „Entfesselte Finanzmärkte bringen Spekulationen und Erwartungen hervor, die einer nachhaltigen und langfristig ausgerichteten Wirtschaftsweise entgegenstehen.“ Kritisiert wird die Konzentration wirtschaftlicher Macht in global agierenden Unternehmen, Banken und Fonds. Transnationale Unternehmen würden demokratisch legitimierte Entscheidungen unterlaufen. Nationalstaaten würden zu bloßen Standorten werden. Obwohl davor gewarnt wird, dass unkontrollierte Kapitalbewegungen auf den Finanzmärkten ganze Volkswirtschaften gefährden können, bleiben die politischen Schlussfolgerungen eher mager. Gefordert wird ein wirksamer ordnungspolitischer Rahmen für die Finanzmärkte auf internationaler

Ebene. Allerdings wird die SPD, vergleicht man das mit der CDU, auch konkreter. IWF, Weltbank und WTO müssten sich am Maßstab wirtschaftlicher und ökologischer Nachhaltigkeit sowie an Arbeitnehmerrechten messen lassen. Eingefordert wird auch die Transparenz ihrer Entscheidungen. Die Verteilung der Stimmrechte müsse die Interessen der Entwicklungsländer, besonders der ärmsten, stärker widerspiegeln. Von solchen Positionen ist die CDU weit entfernt.

In beiden Dokumenten gibt es ausführliche Passagen zu Europa. Das unterscheidet die Texte auch von früheren Programmen. Beide Parteien sehen in der Gestaltung der EU die zentrale Antwort auf die Globalisierungsprozesse. Bei der CDU rangiert der Europa-Teil allerdings unter der Überschrift „Deutschlands Verantwortung und Interessen wahrnehmen“. Betont die SPD vor allem die Steuerung demokratischer und sozialer Prozesse durch die EU, so steht für die CDU Europa als „Kultur- und Wertegemeinschaft“ an erster Stelle. Die SPD widmet den meisten Raum dem „sozialen Europa“, bei der CDU ist das nicht der Fall. Beide wollen die Rechte des europäischen Parlaments stärken. Dennoch gibt es auch hier Unterschiede. Nach Auffassung der CDU hat der Nationalstaat auf Dauer Bestand. Und es heißt einschränkend: „Im Rahmen der ihr von den Mitgliedsstaaten zugewiesenen Kompetenzen arbeitet die Europäische Union nach bundesstaatlichen Prinzipien und Methoden.“ Die SPD geht da weiter: „Das demokratische Europa braucht eine parlamentarisch verantwortliche Regierung auf der Basis einer europäischen Verfassung.“ Insgesamt betont die CDU die Vielfalt und die Eigenständigkeit der Regionen und Kommunen und die „heimatliche Verwurzelung, nationale Identität“. Und da ist von „Heimatvertriebenen und Volksgruppen“ die Rede, die eine „wichtige Brückenfunktion zwischen den Nationen“ erfüllen würden. Die CDU-Position zu einer privilegierten Partnerschaft der EU mit der Türkei wurde auch ins Programm geschrieben. Im Unterschied zur SPD werden Probleme der inneren Sicherheit als Kernaufgaben europäischer Politik beschrieben. Beide wollen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Auch hier formuliert die CDU „offensiver“, dass eine Sicherheitsstrategie die „Energie- und Rohstoffsicherheit“ umfasse und die EU die Globalisierung „nach ihren Interessen und Werten gemäß ihrer Größe, ihrer Bevölkerungszahl und ökonomischen Leistungskraft entscheidend mitgestalten“ müsse.

Staat, Markt und öffentliche Daseinsvorsorge

Die CDU grenzt sich in ihrem Staatsverständnis indirekt von der SPD ab. Die Christdemokraten erwarteten nicht reflexartig vom Staat die Lösung aller gesellschaftli-

chen Probleme. Dieser Punkt wird auch in den aktuellen politischen Tagesauseinandersetzungen immer wieder bemüht. Die Konservativen stellen die „Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft“ in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Für sie ist es das „Erfolgsmodell“ schlechthin. Sie sei die „wirtschaftlich-soziale Ordnung der freiheitlichen Demokratie“. Im Unterschied zur SPD ist für die CDU die soziale Marktwirtschaft von vornherein sozial und die Erfüllung aller Träume der Menschheit. Ohne Umschweife fordert die CDU mehr Markt. Die Staatsquote soll gesenkt, Bürokratie abgebaut und das Arbeitsrecht überschaubar und flexibel sowie das Steuerrecht wettbewerbsfähig gestaltet und die Unternehmensfinanzierung verbessert werden. Klar sagt die CDU auch: „Wir müssen mehr Freiheit und Wettbewerb ermöglichen.“ Das heißt für sie vor allem, Märkte zu öffnen, unlauteren Wettbewerb zu unterbinden und der Konzentration wettbewerbsgefährdender wirtschaftlicher Macht entgegenzuwirken. Ebenso deutlich spricht sich die CDU für eine Weiterführung der Privatisierungsstrategie aus: Staatliche Subventionen sollen begrenzt und abgebaut werden; Wirtschaftsbetriebe mit staatlicher Beteiligung privatisiert werden. Und in Bezug auf die Kommunen heißt es: „Die öffentliche Hand soll nur dann tätig werden, wenn eine Leistung nicht ebenso gut oder besser durch Private erbracht werden kann.“

Die SPD geht anders an das Problem heran. Sie betont, dass die soziale Marktwirtschaft im 20. Jahrhundert ein herausragendes Erfolgsmodell gewesen sei, die globalen Finanz- und Kapitalmärkte stellten diese „bewährte Ordnung in Frage“. Sie betont deshalb im Unterschied zur CDU, dass Märkte der politischen Gestaltung bedürfen. Und sie betont viel deutlicher die Notwendigkeit von Arbeitnehmerrechten. Allerdings werden die Vorstellungen des Berliner Programms von 1989 zur Wirtschaftsdemokratie fast vollständig eliminiert. Die SPD bekennt sich zum „handlungsfähigen Staat“. Und im Unterschied zur CDU formuliert sie: „Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.“ An das Problem der Privatisierungen geht sie ebenfalls anders als die CDU heran. Sie bekennt sich zur öffentlichen Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung. Der Staat müsse nicht alles selbst leisten, aber er müsse den Zugang zu den öffentlichen Gütern sichern. Privatisierung könne zwar zweckmäßig sein. „Wir widersprechen Privatisierungen aber, wo sie den Zugang zu den öffentlichen Gütern behindern und das Gewaltmonopol des Staates infrage stellen.“ Bei Privatisierungen dürfe man nicht nur nach dem kurzfristigen Nutzen für die öffentlichen Finanzen fragen, sondern „auch nach der Auswirkung auf die künftigen politischen Gestaltungsmöglichkeiten und die demokratische Verantwortung. Kernbereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wollen wir nicht den Renditeerwägungen globaler Finanzmärkte aussetzen.“

Arbeit

Im Herangehen an dieses Problem gibt es einen gravierenden Unterschied: Die CDU folgt der Losung: Sozial ist, was Arbeit schafft“; die SPD will „gute Arbeit für alle“. Der Punkt „Arbeit für alle“ nimmt in dem 105 Seiten langen CDU-Text drei Seiten ein, bei der SPD hat das Problem einen weitaus höheren Stellenwert.

Für die CDU entsteht die Arbeitslosigkeit vor allem dadurch, dass die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft verletzt werden. Durch die Globalisierung würden diese Versäumnisse besonders deutlich. Man müsse sich nur auf die „Ordnungsprinzipien der sozialen Marktwirtschaft besinnen“ und sie in die „richtige Balance“ bringen, dann sei Vollbeschäftigung wieder erreichbar. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland sei hauptsächlich strukturell bedingt. Deshalb tritt die CDU nicht nur für mehr Wachstum, sondern auch für „zielgerichtete Bildungsinvestitionen und eine umfassende Reform des Arbeitsmarktes“ ein. Sie will eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes sowie die „rechtsichere Gestaltung von betrieblichen Bündnissen“ und wendet sich gegen „starre Branchentarifverträge“. Die Arbeitnehmer sollen stärker als bisher am Erfolg und Kapital der Unternehmen beteiligt werden. Unter dem Stichwort „Arbeit statt Arbeitslosigkeit“ zu fördern, spricht man von „beschäftigungsfreundlichen Löhnen und Gehältern“, also von Arbeitsentgelten, von denen man nicht leben kann. Diese sollen durch Staatszuschüsse aufgestockt werden (Kombilohnmodell). Sie will „sittenwidrige Löhne“ verbieten. Die Lohnzusatzkosten sollen gesenkt werden.

Die programmatischen Positionen der SPD auf diesem Politikfeld sind andere. Sie sieht in einer hohen Binnen- nachfrage mehr Beschäftigungsmöglichkeiten. Allerdings wird dieser Zusammenhang nicht näher problematisiert, so auch nicht die Tatsache, dass viele Massenkonsumtionsmittel gar nicht mehr im EU-Raum produziert werden. Eine weitere Forderung lautet, Lohnsteigerungen müssten sich mindestens an der Produktivität und der Inflation orientieren. Existenzsichernde Mindestlöhne werden gefordert. Die öffentliche Hand müsse Geld ausgeben, damit die Konjunktur Impulse erhält und die gesamte Gesellschaft davon profitiert. Allerdings ist nicht davon auszugehen, dass hier eine platte Nachfragepolitik vertreten wird. Eine fundierte wirtschaftspolitische Konzeption ist aber bei solchen Formulierungen nicht auszumachen. Werden im Europateil die nationalen Steuerungsmöglichkeiten durchaus problematisiert, so werden sie hier offenbar doch wieder als wichtigste Größe angenommen. Der Text bleibt in dieser Frage unentschieden.

Im Unterschied zur CDU thematisiert die SPD auch die Qualität der Arbeit. Hier geht es um „gerechte Entlohnung“, Teilhabe an den sozialen Sicherungssystemen,

Anerkennung. Es geht um Arbeit, die nicht krank macht, erworbene Qualifikationen nutzt und ausbaut sowie demokratische Teilhabe garantiert und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht. Das bewegt sich alles zwar im Bereich des Normativen, ist aber von großer Bedeutung, auch für die Arbeit der Gewerkschaften. Die SPD bietet programmatisch „vier Säulen“ an, um Vollbeschäftigung zu erlangen: hohes und qualitatives Wachstum, hier vor allem „Vorsprung bei innovativen Produkten und die besondere Beschäftigungsdynamik im Dienstleistungsbereich“, koordinierte Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gleichstellungs- und Familienpolitik, um vor allem Übergänge und Unterbrechungen in ihren Erwerbsbiografien zu meistern und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Perspektive haben, soll es besondere Angebote öffentlich geförderter und gemeinwohlorientierter Beschäftigung geben. Schließlich sei eine „moderne Arbeitszeitpolitik erforderlich, die Selbstbestimmung und Flexibilität fördert“. Durch Arbeitszeitverkürzung sollen mehr Menschen in Beschäftigung kommen.

Die SPD tritt auch für die Stärkung der Arbeitnehmerrechte ein und will mehr „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“. Eine „Arbeitsversicherung“ soll berufliche Übergänge und Erwerbsunterbrechungen absichern sowie Weiterbildung in allen Lebensphasen gewährleisten. Hier soll es ein Recht auf Weiterbildung geben. Auch die „Humanisierung der Arbeitswelt“ wird thematisiert.

Umwelt/Energie

Beide Parteien berufen sich auf das Prinzip der Nachhaltigkeit. Beide gehen auch davon aus, dass sich wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz nicht widersprechen. Effektiver und sparsamer Ressourceneinsatz wird als Standortvorteil gesehen.

Die CDU will langfristig, dass auf Ressourcenverbrauch oder Umweltbelastungen nicht Steuern, sondern Abgaben erhoben werden. Dadurch kämen die Erlöse den Belangen des Umwelt- und Klimaschutzes zweckgebunden zugute. Die Position, bis 2020 die Treibhausgase um mindestens 30 Prozent gegenüber 1990 zu senken, wird verbunden mit der Erwartung, dass auch die anderen Industrieländer sich zu einer weitreichenden Reduzierung der Emissionen verpflichten. Die Partei bekennt sich zum Handel mit Emissionsrechten. Der Anteil regenerativer Energien soll bis 2020 auf 20 Prozent steigen, bis 2050 sollen regenerative Energien den Hauptanteil an der Energiebereitstellung ausmachen. Die CDU bekennt sich auch im Programm zur Kernenergie und will längere Laufzeiten der Kernkraftwerke. Um die Energiepreise zu begrenzen, will die Partei

einen funktionierenden Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt. In der Verkehrspolitik setzt die CDU auf „intelligente verkehrslenkende Maßnahmen, konsequente Senkung der Schadstoffgrenzwerte, die steuerliche Förderung schadstoffarmer Fahrzeuge, die Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel sowie die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs“.

Die SPD formuliert radikaler: Ziel sei ein „solares Energiezeitalter“. Die Energiewende sei eine Schlüsselaufgabe für das 21. Jahrhundert. Im Gegensatz zur CDU will sie den Ausstieg aus der Atomkraft, den die SPD verwirkliche. „Wir wollen weg vom Öl und anderen erschöpflichen Energien, bei denen wir auf Importe angewiesen sind. Als Brücke ins solare Energiezeitalter setzen wir auf moderne Kohle- und Gaskraftwerke mit hocheffizientem Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung.“ Ähnlich schwammig sind die Formulierungen zur Verkehrspolitik. Im Gesamtkontext des SPD-Programms bleibt der Abschnitt Umweltschutz und Energiepolitik relativ knapp und allgemein. Die Kernkraft wird aber abgelehnt.

Gleichstellung der Geschlechter

Hier gibt es wichtige programmatische Unterschiede zwischen den Parteien. Bei der CDU gibt es dazu keinen eigenständigen Abschnitt, aber lange Ausführungen zu Ehe und Familie als Fundament der Gesellschaft. Familie sei überall dort, wo „Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen“. Die Ehe wird aber nach wie vor als „Leitbild der Gemeinschaft von Frau und Mann“ bezeichnet. Ziel der Familienpolitik sei es, Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich viele Menschen für ein Leben mit Kindern entscheiden. Immerhin akzeptiert die CDU auch, dass sich Menschen mit „anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf verwirklichen“ wollen. Pflegeleistungen und Erziehungsleistungen sollen gleichermaßen als Familienarbeit anerkannt werden. (Hier soll neben der Erziehungsleistung auch die Pflegeleistung als nächster Schritt politisch umgesetzt werden). Unter der Überschrift „mehr Familiengerechtigkeit“ wird eine effizientere und überschaubarere finanzielle Förderung der Familien gefordert. Das soll eine „Familienkasse“ leisten. Das Ehegattensplitting soll aber erhalten und zu einem „Familiensplitting“ ausgebaut werden. Der Kindergartenbesuch soll mittelfristig beitragsfrei sein und es soll einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz geben. Das fordert ähnlich die SPD. Der Unterschied: „Mittelfristig wollen wir ein Betreuungsgeld für Eltern schaffen, die ihre Kinder vom 1. bis 3. Lebensjahr zu Hause betreuen und keinen Platz in einer Kindertagesstätte beanspruchen“, heißt es bei der CDU.

Die SPD formuliert einen eigenständigen Abschnitt unter der Überschrift „Gleichstellung der Geschlech-

ter“. Anders als bei der CDU heißt es grundsätzlich: „Wir wollen, dass Frauen und Männer ihren Weg – gemeinsam oder getrennt, mit oder ohne Familie – selbst bestimmt wählen können.“ Die Partei geht davon aus, dass die rechtliche Gleichstellung noch keine tatsächliche Gleichstellung bedeute. Deshalb verlangt sie aktive Frauenförderung und Gender Mainstreaming. Die SPD bekennt sich zu einer gleichberechtigten und gerechten Teilhabe von Frauen und Männern an existenzsichernder Erwerbsarbeit. Für gleichwertige Arbeit muss gleicher Lohn gezahlt werden. Es werden gesetzliche Maßnahmen für gleiche Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Aufsichtsgremien gefordert. Sehr schwammig ist die Formulierung zum Steuerrecht. Es soll so umgestaltet werden, „dass es für Frauen keine Hürde darstellt, erwerbstätig zu werden, und ihrer beruflichen Emanzipation nicht im Wege steht“. Beim Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf will die Partei flexiblere Arbeitszeiten so gestalten, dass Beruf und Privatleben in eine Balance zu bringen seien. Am Ende des Abschnitts heißt es wie im Berliner Programm: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“

Sozialstaat/Sozialpolitik

Die CDU relativiert die Rolle des Staates für soziale Sicherheit gleich zu Beginn des entsprechenden Abschnitts: Solidarität und soziale Sicherheit kämen nicht in erster Linie vom Staat. Stattdessen verweist sie auf die Familie, Nachbarschaft, Ehrenamt, Vereine und Initiativen. Die SPD geht hier grundsätzlich anders heran. Sie betont, dass das Fundament des Sozialstaates auch in Zukunft „staatlich verbürgte soziale Sicherung und Teilhabe, der einklagbare Rechtsanspruch auf Sozialleistungen sowie Arbeitnehmerrechte“ bilden. Die sozialen Gegensätze verschärften sich. Erfolgreiche Sozialstaaten schützten Menschen vor Armut und ermöglichten den sozialen Aufstieg.

Dennoch sind beide auf einer ähnlichen Linie, denn beide lehnen eine nur auf finanzielle Zuwendung beruhende Vorstellung von Sicherheit und Solidarität ab. Das ist zwar in dieser Allgemeinheit immer richtig, aber dahinter verbirgt sich eine Relativierung des umverteilenden Sozialstaates. Die SPD hat diese Position mit der Formel des „vorsorgenden Sozialstaates“ vertreten, aber im beschlossenen Programmtext auch ein Bekenntnis zum umverteilenden Sozialstaat abgelegt. Die zentrale Idee des „vorsorgenden Sozialstaates“ seien Sicherheit, Teilhabe und Emanzipation. Diese werden im SPD-Text auch definiert. Die CDU hingegen hebt drei andere Prinzipien bei der Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme hervor: Prinzip der Eigenverantwortung, Prin-

zip der Generationengerechtigkeit und das der Leistungsgerechtigkeit.

Beide Parteien wollen die Abhängigkeit der sozialen Sicherungssysteme von der Erwerbsarbeit verringern. Die SPD spricht von einer stärkeren Steuerfinanzierung, die CDU davon, die Finanzierung auf eine „breitere Basis“ zu stellen. Im Unterschied zur CDU legt die SPD dabei aber ein Bekenntnis zur paritätischen Finanzierung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern als Grundlage der sozialen Sicherungssysteme ab. In der Konzeption beider Parteien spielt die individuelle Vorsorge eine große Rolle.

In der Krankenversicherung gehen die Vorstellungen weit auseinander. Die CDU befürwortet nach wie vor das „solidarische Prämienmodell mit Kapitalbildung“, die SPD die „solidarische Bürgerversicherung“. Ebenso gehen die Vorstellungen in der Pflegeversicherung auseinander. Auch hier will die CDU das Prämienmodell einführen, während die SPD die Prinzipien der solidarischen Bürgerversicherung anwenden will.

Bei der Alterssicherung sind bei beiden Parteien keine klaren Konzepte erkennbar. Beide beschreiben hier die Herausforderungen, beide gehen von dem Dreiklang gesetzliche Rentenversicherung, individuelle und betriebliche Vorsorge aus. Die CDU beschreibt zwar das Dilemma: Die gesetzliche Rentenversicherung müsse auch in Zukunft einen spürbaren Bezug zur Beitragsleistung aufweisen und darf ein bestimmtes Sicherungsniveau nicht unterschreiten, ohne die Beitragszahler zu überlasten. Das System gerate in eine Legitimationskrise, wenn es nur noch Leistungen erbringen würde, die auch beitragsfrei (ohne Einzahlungen in das System) möglich seien. „Eine Mindestversorgung für alle, eine Grundsicherung wäre die Konsequenz.“ Der Verweis auf die anderen Formen der Vorsorge bietet hier aber keine Lösung des Problems. Die SPD sagt schlicht: „Die Rente muss beitragsbezogen bleiben. Eine Einheitsrente lehnen wir ab“, ohne eine wirkliche Lösung anzubieten. Im Unterschied zur CDU allerdings will sie die gesetzliche Rentenversicherung langfristig auf alle Erwerbstätigen ausdehnen. Sie bekennt sich auch zur eingeführten Grundsicherung im Alter und will (aber nur deklaratorisch) Altersarmut vermeiden.

Bildung

Über die große Bedeutung der Bildung in der „Wissensgesellschaft“ wird in beiden Programmen viel geschrieben. Die CDU will sich an drei Leitlinien orientieren: Differenzierung, mehr Flexibilität und Durchlässigkeit. Am dreigliedrigen Schulsystem will sie festhalten. „Das Konzept der Einheitsschule lehnen wir ab.“ Die CDU will „verbindliche nationale Standards“ und auf dieser Grundlage mehr Eigenverantwortlichkeit der Schulen.

Sie appelliert lediglich an die Unternehmen, Ausbildungsplätze bereitzustellen. Die SPD formuliert hier weitgehender, aber auch nicht eindeutig. Die Unternehmen hätten die Pflicht zur Ausbildung. „Sie müssen sich solidarisch an den Kosten der Ausbildung beteiligen.“ Die Betriebe seien zu fördern, die über ihren Bedarf ausbilden. So umgeht man hier die Forderung nach einer Ausbildungsabgabe für diejenigen, die nicht ausbilden. Gegensätze gibt es bei den Studiengebühren: die CDU befürwortet sie, die SPD lehnt sie für das Erststudium ab.

Die SPD hebt die Bedeutung der „ganzheitlichen Bildung“ hervor. Bildung sei mehr als beruflich verwertbaren Wissens. Die politische Bildung soll aufgewertet und der Erziehung zur Demokratie mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die SPD schreibt im Unterschied zur CDU klar: „Jeder Mensch hat das Recht auf einen gebührenfreien Bildungsweg von der Krippe und Kindergarten bis zur Hochschule. Wir wollen es verwirklichen.“ Schulabschlüsse müssten gebührenfrei nachzuholen sein. Es müsse von Anfang an im Bildungswesen die Gleichstellung von Mädchen und Jungen und die einschränkenden Rollenmuster überwunden werden. Im Gegensatz zur CDU strebt sie eine gemeinsame Schule bis zur 10. Klasse an. Ganztagschulen wollen aber beide Parteien ausbauen.

Unterschiede gibt es auch beim Problem der Weiterbildung. Hier appelliert die CDU lediglich an die Unternehmen, dies zu tun. Die SPD betont die öffentliche Verantwortung für die Weiterbildung. Fortbildung soll durch Freistellungsansprüche finanziell sichergestellt werden. Die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung soll bei der Finanzierung helfen.

Außen- und Sicherheitspolitik

Das grundlegende Herangehen ist ähnlich. Beide bekennen sich zur EU, zur NATO und zur transnationalen Partnerschaft, beiden wollen gute Beziehungen zu anderen Ländern und Regionen in der Welt, beide sehen neue Gefahren durch Terrorismus und zerfallene Staaten, asymmetrische Kriege usw. Beide schließen den Einsatz der Bundeswehr in der Welt nicht aus. Dennoch sind zumindest einige Formulierungen bei der SPD eindeutiger oder konkreter. So heißt es: „Krieg darf kein Mittel der Politik sein.“ Die Mittel für die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung sollen bis 2015 schrittweise auf 0,7 Prozent des BIP erhöht werden. Die SPD will mehr Gerechtigkeit im Welthandel. Deshalb müssten die Industrieländer im Rahmen der Welthandelsorganisation ihre Märkte öffnen und die Subventionierung ihrer Agrarexporte Schritt für Schritt reduzieren und schließlich beenden.

Die CDU formuliert beim Einsatz der Bundeswehr ohne Bedenken: „Im Konzept vernetzter Sicherheit ist die Bundeswehr ein unverzichtbares Instrument sowohl für die Landes- und Bündnisverteidigung unter neuen Vorzeichen als auch für internationale Krisenvorsorge und Krisenbewältigung im gesamten Einsatzspektrum. Zudem muss die Bundeswehr zum Zwecke des Heimatschutzes auch über den Katastrophenschutz hinaus im Inneren eingesetzt werden können.“ Klar ist auch ihre Befürwortung der allgemeinen Wehrpflicht.

Die SPD lehnt nicht nur den Einsatz der Bundeswehr im Inneren ab. Sie formuliert auch: „Beim Kampf gegen den Terror geht es nicht um Krieg, sondern um Verbrechensbekämpfung. Dies ist Aufgabe von Polizei, Justiz und Geheimdiensten. Nur wo sie beim internationalen Kampf gegen den Terror überfordert sind, ist als letzte Option das Militär am Zug. Auch angesichts des Terrorismus lehnen wir jegliche Aufweichung des Völkerrechts ab.“ Konflikte könnten zwar militärisch entschieden, aber niemals nur militärisch gelöst werden. Der Einsatz militärischer Mittel bleibe für die SPD Ultima Ratio. Es werden hier auch Kriterien für die Beteiligung Deutschlands an Militärmissionen aufgezählt: völkerrechtsverbindliches Mandat der Vereinten Nationen, deutsches Interesse am Frieden in der Welt und an der Wohlfahrt der Nation sowie die Zustimmung des Bundestages.

Zur Wehrpflicht nimmt die SPD eine schwammige Position ein. Die Freiwilligkeit des Wehrdienstes soll gestärkt werden.

Selbstverständnis

Beide Parteien verstehen sich als Volksparteien. Die CDU besetzt den Begriff der Mitte jetzt allein. Die SPD hat von der „neuen Mitte“ Gerhard Schröders Abstand genommen und beruft sich auf die „solidarische Mehrheit“ der Gesellschaft. Sie will damit dem Eindruck entgegen wirken, dass sie sich von den Interessen der „kleinen Leute“ verabschiedet habe.

Als Volkspartei der Mitte wendet sich die CDU an „Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Landes“. Die Partei beruft sich auf das christliche Menschenbild. „Die geistigen und politischen Grundlagen der CDU sind in der Sozialethik der christlichen Kirchen, in der liberalen Tradition der Aufklärung, in der wertkonservativen Pflege von Bindungen und dem Wissen darum, dass der Staat nicht allmächtig sein darf, sowie im christlich und patriotisch entstandenen Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu finden.“ Weiterhin behauptet die CDU, dass zu ihrer Identität auch die friedliche Revolution von 1989 gehöre.

Die SPD versteht sich als „linke Volkspartei, die ihre Wurzeln in Judentum und Christentum, Humanismus

und Aufklärung, marxistischer Gesellschaftsanalyse und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung hat. Die linke Volkspartei verdankt wichtige Impulse der Frauenbewegung und den neuen sozialen Bewegungen.“ Die Partei beruft sich auf die historische Erfahrung, „dass sozialdemokratische Politik nur erfolgreich sein kann, wenn sie verbunden ist mit demokratischem Engagement in den Gewerkschaften, den Friedens-, Frauen-, Umwelt, Bürgerrechts-, Eine- Welt- und globalisierungskritischen Bewegungen und Netzwerken. Die SPD fühlt sich auch in Zukunft diesen Bewegungen verbunden.“

Zusammenfassende Wertung

Wie die Analyse zeigt, weisen die Programme der beiden Parteien eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten im grundlegenden Herangehen an die gesellschaftlichen Probleme von heute auf. Es wäre völlig verfehlt, die nach wie vor bestehenden großen programmatischen Unterschiede zu leugnen. Unterschiedliche Antworten gibt es auch auf den einzelnen Politikfeldern. Beide Programme sind alltagstauglich geschrieben. Allerdings nehmen im CDU-Programm die Beschreibungen der gesellschaftlichen Realität (unabhängig von ihrer Treffsicherheit) einen nahezu ausufernden Charakter an.

Gemeinsam ist beiden Programmen, dass sie von epochalen Veränderungen bzw. von gewaltigen Umbrüchen in der gesellschaftlichen Entwicklung ausgehen. Sie sehen nahezu die gleichen großen Herausforderungen, vor denen die heutige Menschheit und das Land stehen. Vergleicht man die Dramatik, mit denen dieser Sachverhalt beschrieben wird, mit den politischen und strategischen Antworten, dann bleibt hier eine große Lücke.

Der Textvergleich lässt auch den Schluss zu, dass auf einigen Gebieten die SPD zwar die modernere Konzeption hat (wie in der Familien- und Bildungspolitik), in der aktuellen Politik aber die CDU vorrangig punktet. Generell gilt: Die SPD sieht in der gegenwärtigen Gesellschaft deutlich mehr Defizite als die CDU. Deshalb will sie auch einen demokratischen Sozialismus als dauernde Aufgabe. Die CDU hingegen sieht in der sozialen Marktwirtschaft schon den End- und Höhepunkt der Entwicklung der Menschheit. Beim Grundwert Freiheit betont die SPD stärker die Bedeutung der materiellen Grundlagen, um frei zu sein. Beim Wert Gerechtigkeit thematisiert die SPD – im Unterschied zur CDU – die Verteilungsfrage.

Für beide Parteien ist die Globalisierung die wichtigste Herausforderung. Die CDU betont die Chancen dieses Prozesses, die SPD betont die Gefahren der gegenwärtigen Art der Globalisierung. Obwohl beide sich zur EU als Antwort auf die Globalisierung bekennen, will die SPD offenbar die Kompetenzen auf dieser Ebene stär-

ker ausweiten als die CDU. Letztere meint, dass der Nationalstaat erhalten bleibe, die Regionen (Heimat usw.) eine größere Rolle spielen. Die CDU will der Türkei nicht eine Vollmitgliedschaft, sondern nur eine privilegierte Partnerschaft einräumen.

Beim Verhältnis von Staat und Markt tritt die CDU ohne Umschweife für mehr Markt ein, die SPD betont hingegen die Notwendigkeit, Märkte politisch zu gestalten. Die CDU will die Privatisierungsstrategie weiterführen. Die SPD wendet sich zwar nicht prinzipiell gegen Privatisierungen, formuliert aber wesentliche Einschränkungen. Die SPD will auch die Daseinsvorsorge in öffentlicher Verwaltung und sagt, was nicht privatisiert werden darf. Es handelt sich hier zwar um allgemeine Formulierungen, die aber einer marktradikalen Politik entgegenstehen, während die CDU mit ihrer Programmatik eine solche Politik gut vereinbaren kann.

Insgesamt kann man einschätzen, dass die CDU den „bewährten Pfad“ der gesellschaftlichen Entwicklung bei einer Reihe von Akzentverschiebungen weiter gehen will, trotz der eingangs beschriebenen Rhetorik über grundsätzlich neue Herausforderungen. Bei der SPD ist das nicht ganz klar. Hier ist beides möglich: ein Verbleiben in der gegenwärtigen Entwicklungslinie wie auch eine Wendung zu einem neuen Entwicklungspfad. Eine Volkspartei, die ihren Einfluss nur annähernd erhalten will, kann nicht einen radikal neuen Weg propagieren oder gar praktisch einschlagen. Sie braucht den politischen Kompromiss zwischen verschiedenen sozialen Schichten und gesellschaftlichen Milieus. (Das hatte Peter Glotz mit dem Begriff des „Tankers-SPD“ umschrieben.) Wichtig ist aber die grundsätzliche Richtung. Die ist jetzt offener als noch vor Monaten.

Nicht nur in den allgemeinen Passagen, sondern auch auf den einzelnen Politikfeldern gibt es wesentliche Unterschiede zwischen den Programmtexten von CDU und SPD. Das trifft nicht nur auf die Privatisierungsstrategie, sondern auch auf den Bereich der Arbeitnehmerrechte, öffentlich geförderter Beschäftigung, Arbeitszeitpolitik und Arbeitszeitverkürzungen und Mindestlöhnen zu. Hier zeigt sich die unterschiedliche Nähe bzw. Ferne der beiden großen Parteien zu den Gewerkschaften. Die SPD ist auch programmatisch bemüht, den Schulterschluss zu den Gewerkschaften wieder herzustellen.

In der Energiepolitik befürwortet die CDU generell die weitere Nutzung der Atomkraft, die SPD lehnt das ab. Das Thema Geschlechtergleichstellung ist für die SPD wichtig. Die CDU verharrt – trotz einiger Modernisierungen – auf einem konservativen Familienbild, weil sie nach wie vor die Ehe als die wichtigste Form der Familie heraushebt. In der Sozialpolitik will die SPD die Bürgerversicherung, die CDU strebt das Prämienmodell an. In der Bildungspolitik hält die CDU am dreigliedrigen Schulsystem fest, die SPD will langes gemeinsames

Lernen bis zur 10. Klasse. Die CDU tritt für Studiengebühren ein, die SPD lehnt dies ab.

In der Außen- und Sicherheitspolitik sind die Positionen ähnlich. Die CDU vertritt ihre Politik hier programmatisch „offensiv“, die SPD muss sie hingegen mit anderslautenden Formulierungen (Krieg darf kein Mittel der Politik sein) zu kaschieren suchen. Unterschiede gibt es bei der Frage des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren. Die Wehrpflicht wird von der CDU ohne Einschränkungen befürwortet, die SPD formuliert hier einen schwammigen Kompromiss.

Es sei nochmals betont: Bei den herausgearbeiteten Gemeinsamkeiten und Unterschieden handelt es sich um Programmtexte, nicht um die praktische Politik beider Parteien. Sie geben aber Auskunft darüber, welche Grundpositionen die beiden Volksparteien zu wesentlichen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen einnehmen. Sie können die Grundlage für eine substantiell andere Politik sein. Ob das Realität wird, hängt von den gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen ab. Das Agieren der Partei DIE LINKE sollte sich nicht auf die Agitation gegenüber der SPD nach dem Motto „programmatisch sagen sie das eine, politisch machen sie was anderes“ verengen lassen, obwohl das auch wichtig ist. Die prinzipielle Auseinandersetzung mit der CDU darf nicht hinten runterfallen.

Aus den programmatischen Unterschieden zwischen CDU und SPD lassen sich durchaus unterschiedliche Strategien für gesellschaftliche Modernisierungen ableiten, die zu mehr oder weniger Gerechtigkeit und Solidarität führen können. Sie werden in der Großen Koalition teilweise verdeckt. Programmatisch sind durchaus mehr Gemeinsamkeiten der SPD mit der LINKEN zu finden als gegenwärtig in der praktischen Politik sichtbar. Ob diese Realität werden kann, hängt nicht nur von der SPD ab, sondern auch davon, welchen Weg DIE LINKE weiter gehen wird. Für die Programmdiskussion heißt das: Wird sie einen reformpolitischen Weg einschlagen, der über den der SPD hinausgeht oder wird sie eine links-konservative Position (Zurück zum Sozialstaat vor Schröder) beziehen? Legt sie einen Schwerpunkt auf internationale Regulierungen, vor allem in Bezug auf Europa, oder will sie undifferenziert wieder zurück zum Nationalstaat? Lehnt sie hier die EU fundamentalistisch ab oder will sie Veränderungen im Rahmen der EU? Reduziert sie den Internationalismus auf die Propagierung des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Lateinamerika“ oder bemüht sie sich um eine breitere Sicht auf die heutigen Weltprobleme und deren Lösung? Wo die SPD in ihren Programmaussagen als Volkspartei diffus bleibt, hat DIE LINKE die Chance, klarer und deutlicher nicht nur bei der Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern auch bei den politischen Alternativen zu werden.

2007 erschienene „Standpunkte“:

1/2007: Reiner Zilkenat

Neues zum Antisemitismus – Zustände in Deutschland

2/2007: Dieter Klein, Michael Brie

Elementare Fragen neu bedenken. Kapitalismus, Sozialismus, Eigentum und Wege der Veränderung

3/2007: Klaus Lederer

Der „Fall“ Sparkasse Berlin: Lackmustest für die Glaubwürdigkeit einer neuen Linken

4/2007: Jörn Schüttrumpf

Rosa Luxemburg, die Patin des Terrors?

5/2007: Judith Dellheim

Bedarfsorientierte Soziale Grundsicherung versus Bedingungsloses Grundeinkommen

6/2007: Ulrich Brand

**Wie „grün“ muss die Linke sein?
Zur Frage der Gerechtigkeit: Verkürzungen der aktuellen Klimadebatte und herrschender Nachhaltigkeit**

7/2007: Ulrich Schachtschneider

**Wie „grün“ muss die Linke sein?
„Grün“ muss links sein!**

8/2007: Werner Ruf

Islamische Bedrohung?

9/2007: Lutz Brangsch, Michael Brie

**In der Sackgasse – oder: Mittel beherrschen Ziele.
Eine gescheiterte Strategie**

10/2007: Peter Birke, Bernd Hüttner

Brennend aktuell: die „1968er Jahre“ in historisch-politischer Perspektive

11/2007: Bernd Hüttner, Norbert Schepers

Die Bürgerschaftswahl in Bremen 2007: DIE LINKE im Westen angekommen?

12/2007: Rainer Rilling

**Die Eigentumsfrage kehrt zurück.
Eine Zwischenbilanz zur Politik der Privatisierung**

13/2007: Kevin Stützel

**Antikapitalismus von rechts?
Globalisierungskritik, die extreme Rechte und der G8-Gipfel in Heiligendamm**

14/2007: Lutz Brangsch

**Nicht an Armut und Ausgrenzung gewöhnen...
Hartz IV und Wertedebatte: Menschenbilder in der Sozialpolitik**

15/2007: Lutz Brangsch

Finanzkrise – worum geht es?

16/2007: Mario Candeias, Bernd Röttger

**„Nicht widerstandslos enthaupten lassen!“
Beteiligungsorientierte Betriebspolitik und lokale Arbeiterbewegung: Wege aus der gewerkschaftlichen Defensive?**

17/2007: Heinz Hillebrand, Axel Troost

Demokratischer Sozialismus – Metamorphose eines Begriffs

18/2007: Dieter Klein

Das Eigentum – Alternativen zur Privatisierung

19/2007: Hamid Ansari

Wachsende Sorgen um die Sicherheit in Vorderasien

2008 bereits erschienen:

1/2008: Hanno Balz

„Sympathisanten“ als politisches Feinsbild

**Alle „Standpunkte“ sind zu finden
unter www.rosalux.de**